



Gemeinde Großenwiehe
- Der Bürgermeister -



Gemeinde Lindewitt
- Der Bürgermeister -

Ansprechpartner:

Bürgermeister Hans Andresen
Dorfstraße 26, 24969 Großenwiehe
Tel.: 04604/591, Fax: 04604/592

Bürgermeister Reinhard Friedrichsen
Waldstr. 31, 24969 Lindewitt
Tel. 04604/2192, Fax: 04604/2807

Jörg Hauenstein
Ltd. Verwaltungsbeamter
Amt Schafflund
Tannenweg 1
24980 Schafflund
Tel.: 04639/70-12 Fax: 04639/7030
E-mail lvb@amt-schafflund.de

Positionspapier
der Gemeinden Großenwiehe und Lindewitt, Kreis Schleswig-Flensburg
(Stand 03/2008)

Ausgangslage:

Die Gemeinden Großenwiehe (rd. 2.900 Einwohner) und Lindewitt (rd. 2.100 Einwohner) bilden den südlichen Bereich des Amtes Schafflund. Die Gemeinde Großenwiehe nimmt für diesen Bereich die zentralen Versorgungsfunktionen für 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner wahr. Der Regionalplan für den Planungsraum V hat dieser Tatsache in der Weise Rechnung getragen, dass die Gemeinde Großenwiehe eine besondere Funktionszuweisung in den Bereichen Wohnbau- und Gewerbeentwicklung erhalten hat. Großenwiehe hat die Aufgabe der zentralen Versorgungsfunktion in der Vergangenheit immer offensiv angenommen und umgesetzt. Die intakte Infrastruktur wurde erhalten und ausgebaut. Zwei Schulen, zwei Kindergärten, eine Veranstaltungs- und eine Multifunktionshalle, Supermarkt mit Postagentur, Gasthof, Bäckerei, Ärztezentrum, Alten- und Pflegeheim, zwei Gewerbegebiete mit einer intakten örtlichen Gewerbestruktur sind Beleg für die erfolgreiche strukturelle Ausrichtung der Gemeinde Großenwiehe. Das Dörpshuus ist sozialer und kultureller Mittelpunkt eines intakten Dorflebens. Aus dem Blickwinkel einer ländlichen Gemeinde ist es eine Erfolgsgeschichte, die insbesondere durch eine erfolgreiche Vermarktung von eigenen Baugrundstücken abgerundet wurde.

Die Gemeinde Lindewitt ist mit 5.327 ha die größte Flächengemeinde im Amtsbereich und setzt sich aus den Orten Lindewitt-Lüngerau, Linnau, Kleinwiehe, Sillerup und Riesbriek zusammen. 85 % der Gemeindefläche werden durch 65 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe genutzt. Die Landwirtschaft stellt somit die gewerbliche Grundlage dar. Kultureller Mittelpunkt der Gemeinde ist die Schule Lindewitt mit Jugendheim und einer Sporthalle mit Außensportanlagen, zugleich „Heimat“ des TSV Lindewitt. Der TSV Lindewitt ist der gemeinsame Sportverein beider Gemeinden. Eine Bürgerbegegnungsstätte sowie der gemeindliche Kindergarten runden das Angebot des Schulkomplexes Lindewitt ab. 60 Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe gibt es in Lindewitt. Bauplätze stehen in Sillerup, aber auch in Linnau und Lindewitt zur Verfügung.

Fazit ► Wir haben im südlichen Amtsbereich für eine ländlich geprägte Region eine umfassende Infrastruktur geschaffen. Diese Anstrengungen und Leistungen wurden **ohne** laufende Finanzmittel aus dem zentralörtlichen System geschaffen.

Unser zukünftiger Anspruch:

Es ist legitim, und es muss auch von Seiten der Politik akzeptiert werden, dass wir bestrebt sein werden, diese Infrastruktur im Interesse der Region und seiner Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Die Signale aus Kiel, und hier sind die ersten Eckpunkte des Entwurfs des Landesentwicklungsplanes zu nennen, sind für den ländlichen Raum insgesamt wenig verheißungsvoll. Großenwiehe soll danach seine besonderen Funktionszuweisung im Bereich Wohnbau- und Gewerbeentwicklung verlieren und erhält als „Gegenleistung“ einen 8 %igen Wohnbauentwicklungsrahmen für den Zeitraum 2006-2025 auf der Basis der Wohneinheiten - Stand 31.12.2006 -.

Nach den uns vorliegenden Informationen verfolgt der Entwurf des Landesentwicklungsplanes eindeutig die Zielsetzung zentrale Orte, und hier insbesondere Ober-, Mittel- und Unterzentren gezielt zu fördern und zu stärken. Es besteht aus Sicht beider Gemeinden die Gefahr, dass der ländliche Raum weiter „abgekoppelt“ wird.

Wir wissen aber auch, dass Selbstbedauerung nicht weiter hilft. Wir müssen uns mit dem demographischen Wandel auseinandersetzen, um unserem Anspruch gerecht zu werden, unsere Infrastruktur in der Region zu erhalten.

Herausforderung ► Demographischer Wandel

Im Amtsbereich Schafflund befinden sich 25 % der Gesamteinwohner im Altersbereich zwischen 50-70 Jahren, das ist jeder Vierte.

Die Bertelsmann-Stiftung hat sich intensiv mit dem demografischen Wandel beschäftigt (Quelle: www.Aktion2050.de). Die Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung setzt allerdings erst bei Gemeinden ab 5.000 Einwohnern ein, wobei beide Gemeinden zusammen auf diese Einwohnerzahl kommen. Es gibt in dieser Untersuchung einen Demographie-Typ 6 – Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik. Um es deutlich zu sagen: Wir als Großenwieher sehen uns nicht als Demographie-Typ 6, aber die Handlungsempfehlungen decken sich in weiten Teilen mit unseren Grundüberlegungen.

„Die dauerhafte und Flächen deckende Sicherung der Grundversorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge stellt ein zentrales Zukunftsproblem dar. Es besteht die Tendenz, Leistungen der Daseinsvorsorge in peripher gelegenen dünn besiedelten Regionen abzubauen, da das hier anzutreffende Nachfragepotential ein Kosten deckendes Angebot kaum ermöglicht. Ziel muss es sein, eine bedarfsgerechte Infrastrukturversorgung sicher zu stellen. Es ist eine Mindestausstattung mit sozialen und technischen Infrastrukturen und ein Mindestangebot an privaten und öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wird es gerade im ländlichen Raum erforderlich sein, eine Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand zu sichern.“ (Aus www.Aktion2050.de Demographie-Typ 6, Seite 6 ► Raumordnungsbericht 2005, Seite 214.)

Wir vertreten die Ansicht, dass die Ausrichtung **ausschließlich** auf ein Mindestangebot an Dienstleistungen vor dem Hintergrund der Konkurrenzsituation mit größeren zentralen Orten zu einer weiteren Abwärtsspirale für den ländlichen Raum führen könnte.

Konkret: Wir müssen auch durch Qualität und Leistung überzeugen.

Die Bertelsmann-Stiftung sieht bei erforderlichen Anpassungsmaßnahmen insbesondere folgende Aspekte:

- *„Dringend erforderlich ist die Konzentration wichtiger Infrastrukturangebote in den Zentren im ländlichen Raum. Dafür ist auch eine aktive interkommunale Kooperation unabdingbar.*
- *Anzustreben ist eine Integration unterschiedlicher Leistungsangebote, das heißt ihre Zusammenfassung an einem Ort und ggfs. mit einem Träger oder Betreiber. Der Leitsatz dazu heißt: Denken in Funktionen statt in Einrichtungen.*
- *Die räumliche Konzentration von Infrastrukturen muss immer mit einer Sicherung bzw. Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit begleitet und auch verrechnet werden.“ (Aus www.Aktion2050.de – Demographie-Typ 6, Seite 7.)*

Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen bietet sich Großenwiehe als Standort für das nachfolgend skizzierte Leitprojekt an.

Leitprojekt ► Skizzierung Servicekomplex/Servicehaus „Aktiv Senior“ in Großenwiehe

Grundansatz – Was wollen wir nicht!

Das reine Verkaufen von seniorengerechten Wohnungen bzw. Wohneinheiten als isolierter investiver und betriebswirtschaftlicher Ansatz.

Was wollen wir!

Die Schaffung eines Servicekomplexes in Form von Wohnungen, unter Umständen auch Wohngruppen (Wohnpflege) und Wohneinheiten je nach **Bedürfnisstruktur** für Senioren. Die jeweilige Bedürfnisstruktur ist ein zentraler Ausgangspunkt. Die Ausrichtung sollte sich auf völlig selbständige Bewohner bis hin zu intensiven Pflegefällen vollziehen. Dabei ist die freie Selbstbestimmung für die Bewohner ein wichtiger Grundsatz. Wir nehmen in diesem Zusammenhang auch zur Kenntnis, dass der Stellenwert der ambulanten Pflege aktuell an Bedeutung gewinnt.

Aspekt ► Netzwerke –

Es ist für uns wichtig, ein umfassendes Netzwerk aufzubauen und zwar zwischen beiden Gemeinden, einem potentiellen Investor, Ärzten, Sozialstation, Vereinen und Verbänden pp. Es geht uns darum, eine Anerkennungskultur zu entwickeln und eine entsprechende Unterstützungsstruktur aufzubauen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen der Bertelsmann-Stiftung zu diesem Thema.

Ansätze

Die Gemeinden stellen entsprechende eigene Einrichtungen zur Verfügung. Durch die Einbindung von Vereinen und Verbänden (Kirche, DRK, Landfrauen, Sportverein, Sozialverband pp.) werden Angebote und Aktivitäten geschaffen, die ausgehend von der Keimzelle des Servicekomplexes gemeindeübergreifend als Netzwerk wirken sollen.

Enge Verzahnung zwischen den Pflegeinstitutionen, wie Ärzte, Sozialstation, Betreuungskräfte im Servicekomplex mit Einbindung der seelsorgerischen Komponente Kirche, DRK pp. Ein erster Ansatz in diesem Bereich könnte die Erarbeitung eines Konzeptes für einen Pflegelotsen bzw. Pflegekompass sein – aber eingebunden in ein Gesamtkonzept.

Standort

Wie aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich, bietet der vorgesehene Standort aus unserer Sicht gute Bedingungen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt Versorgung und Mobilität

- ▶ Nahorientierung durch Fußwege gegeben
- ▶ gute und verkehrssichere Erreichbarkeit von Ärzten und Versorgungseinrichtungen (Supermarkt, Apotheke pp.) gegeben.
- ▶ Netzwerk Mobilität sichern: Z.B. Anruftaxi, organisierte Mobilität bei Angeboten und Aktivitäten.

Nachfragepotential

Nach einer Untersuchung der Landesbausparkasse/empirica „Die Generation über 50“ aus 2006 sind von der so genannten Generation 50 Plus 30,1 % umzugsbereit. Hiervon favorisieren 61 % eine Wohnung bzw. ein Haus ohne Dienstleistungen, 17 % eine Einrichtung mit entsprechenden Dienstleistungen, 13 % eine Seniorenresidenz mit weitgehender Rundumversorgung und 9 % ein Alten- und Pflegeheim. Wir sind der Auffassung, mit einer Grundkonzeption, die sich nach der jeweiligen Bedürfnisstruktur unter Einbindung eines aktiven und attraktiven Netzwerkes vollzieht, zumindest nicht absolut falsch zu liegen. Wir brauchen auch im ländlichen Raum attraktive und bedarfsgerechte Antworten auf den demographischen Wandel. Wir sind nicht der Auffassung, dass man als Generallinie die Botschaft verkünden sollte, dass derartige Einrichtungen nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren anzusiedeln sind.

Im südlichen Amtsbereich leben 1.255 Bürgerinnen und Bürger zwischen 50 und 70 Jahren. Die Projektskizzierung bezieht sich von der Auswirkung, aber auch auf angrenzende Teile des gesamten Amtsbereiches.

Finanzierung

Die Gemeinden können und wollen ein derartiges Projekt nicht in Eigenregie angehen. Dem entsprechend ist Ausschau zu halten nach einem privaten Investor. Vorstellbar wäre aus Sicht der Gemeinden unter Umständen auch ein PPP-Modell, wobei die Gemeinden durchaus die Bereitschaft erkennen lassen, ihre Einrichtungen für eine Gesamtkonzeption zur Verfügung zu stellen. Nach einer ersten Einschätzung, Basis: Grundskizzierung, wird es wahrscheinlich nicht rentierliche investive Teile geben (Gemeinschaftsräumlichkeiten pp.), die aus Sicht der Gemeinden unter dem Blickwinkel der Förderwürdigkeit betrachtet werden sollten. Die Gemeinden stehen auch der Durchführung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie, unter Einbindung von Fördermitteln, positiv gegenüber.



Hans Andresen
(Bürgermeister der Gemeinde Großenwiehe)



Reinhard Friedrichsen
(Bürgermeister der Gemeinde Lindewitt)